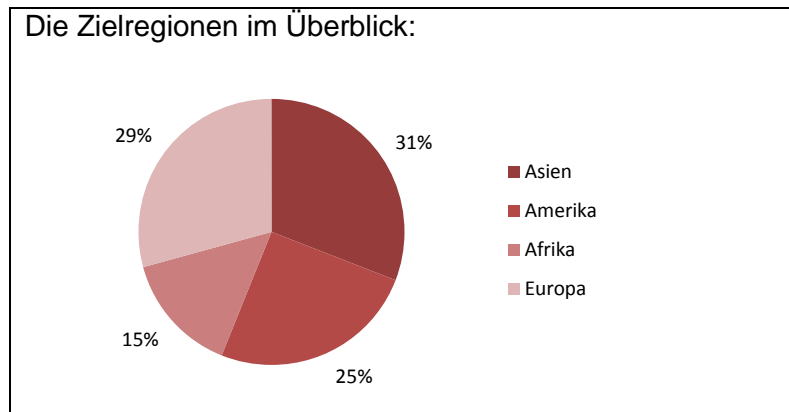


Unternehmensbefragung zum Thema: Investitionsschutz nach Lissabon

Im Zeitraum vom 23. Oktober 2009 bis 13. November 2009 haben wir über 200 Unternehmen hinsichtlich ihrer Erfahrungen mit Investitionsförderungs- und -schutzverträgen (IFV), der inhaltlichen Reichweite dieser Abkommen und den (befürchteten oder erwarteten) Folgen des Kompetenzüberganges für solche Abkommen auf die EU durch den Reformvertrag von Lissabon befragt.

Mit einer kumulierten Rücklaufquote von rd. 23 % ist die Resonanz und das in ihr wiederspiegelte Interesse erfreulich ausgefallen. Es beteiligten sich unterschiedlichste Branchen, wobei der Maschinenbau (31 %), die Energiewirtschaft (22 %) und die Metallindustrie (14 %) das Gros der Antworten übersendet haben. Gleichzeitig variierten auch die Unternehmensgrößen und -umsätze deutlich, so dass das Ergebnis auch im Querschnitt repräsentativ ist. Rund 10% der Antworten stammten dabei von Unternehmen mit unter 200 Mitarbeitern, ein Drittel der Unternehmen hat 200 - 2.000 Mitarbeiter und etwas über 58 % der Unternehmen beschäftigten mehr als 2.000 Mitarbeiter. Dabei wiesen die befragten Unternehmen unterschiedlichste Erfahrungen mit Auslandsprojekten auf: Mehr als ein Viertel aller Befragten hatte Erfahrung mit mehr als einem Projekt, über 50 % sogar mit mehr als 20 Projekten.

Die Zielregionen im Überblick:



Die in nebenstehender Grafik ablesbare weltweite Präsenz deutscher Unternehmen lässt die Wichtigkeit nachfolgend gestellter Fragen vor dem Hintergrund des Kompetenzübergangs für Verträge betreffend den Schutz ausländischer Direktinvestitionen noch größer erscheinen. Unter Berücksichtigung der diversen Tätigkeitsbe-

reiche der Unternehmen, die neben der Produktion (24 %) auch auf Vertrieb (15 %), den Export in Drittländer (12 %), After Sales Services (11 %) und Infrastruktur (10 %) umfassen, ist darüber hinaus die Übereinstimmung in Bezug auf die Sicherung bzw. Schaffung deutscher Arbeitsplätze hervorzuheben. So stimmten rd. 69 % der Befragten zu oder stimmten eher zu, dass durch die Auslandsinvestition mittel- bis langfristig zusätzliche Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen würden, während 83 % angaben, zumindest würden Arbeitsplätze in Deutschland gesichert. Lediglich 7 % der Unternehmen gaben an, dass möglicherweise das Auslandsengagement dazu führen könnte, dass Beschäftigung in Deutschland abgebaut werden könnte.

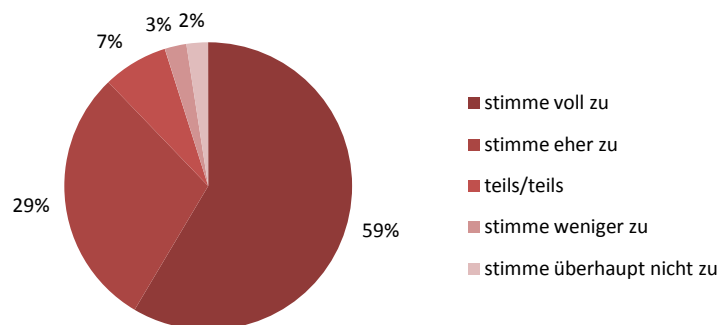
Die weit überwiegende Mehrheit (95 %) der Unternehmen gab darüber hinaus an, die Auslandsinvestitionen würden dazu beitragen, die jeweilige Marktposition zu festigen und zu verbessern sowie Umsatz und Gewinn auszubauen.

Dabei sind die Auslandsengagements nicht dazu gedacht, Auslagerungen vorzunehmen. Vielmehr wird durch die Investitionen im Ausland neues Geschäft vor Ort durch die befragten Unternehmen generiert, das gleichzeitig den Standort Deutschland nicht durch Substitution schwächt.

Für über 70 % der Unternehmen hat dabei das Bestehen eines IFV Bedeutung für die grundsätzliche Investitionsentscheidung, wobei rd. 80 % der Unternehmen die Schutzreichweite der IFV bekannt sind. Mit der ebenfalls auf den IFV beruhenden Absicherung von Direktinvestitionen im Ausland durch die Bundesregierung hatten dabei knapp 90 % der Befragten Erfahrung; rd. 22 % der Unternehmen hat bereits durch diplomatische Flankierung oder im Rahmen eines Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahrens vom Schutz eines IFV profitiert.

Aus den genannten Zahlen wird deutlich, dass das Bestehen eines weitreichenden, wirksamen IFV für die deutsche Wirtschaft in allen Zweigen und Unternehmensgrößen von erheblicher Bedeutung ist. Ablesbar wird allerdings auch die Unsicherheit, die bei den Befragten mit dem Kompetenzübergang für IFV auf die EU einhergeht.

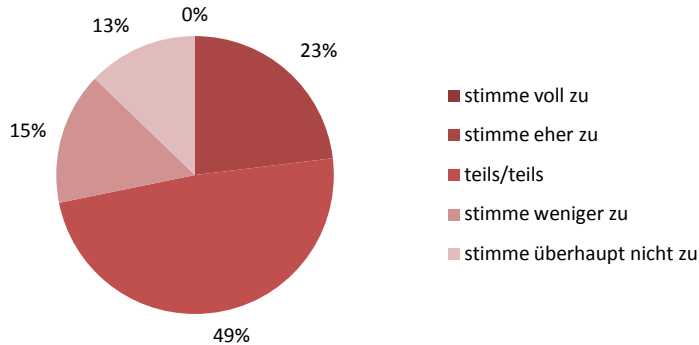
Die Bundesregierung muss sich für deutsche Standards stark machen:



So äußern 80 % der Befragten die Befürchtung, der Schutzstandard für die Investitionen werde durch ein EU-Abkommen geschmälert. Allerdings ist die deutsche Wirtschaft weiter auf Wachstumskurs. Weit mehr als die Hälfte der Unternehmen wird die Investitionsentscheidung als solche bei Bestehen eines EU-Vertrags nicht oder eher nicht kritischer überprüfen. Dennoch

ist es aus Sicht der deutschen Wirtschaft notwendig und wichtig, dass sich die Bundesregierung auf EU-Ebene für die Beibehaltung der hohen deutschen IFV-Schutzstandards stark macht, da mehr als die Hälfte der Unternehmen (56 %) u.a. einen Transparenzverlust durch den Kompetenzübergang befürchtet. Daher wird ebenfalls mehr als die Hälfte aller befragten Unternehmen (51 %, darin rd. ein Drittel je nach Projekt) die Absicherung politischer Risiken durch Bundesgarantien stärker als bislang in Erwägung ziehen.

Reicht ein EU Abkommen für den Investitionsschutz aus?



In jedem Fall bleibt festzuhalten, dass die Unsicherheiten (knapp die Hälfte aller Befragten konnte keine eindeutige Zuordnung treffen) in Bezug auf künftige EU-Abkommen deutlich sind.

Der bestehenden Unsicherheit und der Besorgnis vor einem Transparenzverlust kann nur durch engen Dialog zwischen

Bundesregierung als Investitionsabsicherer, PwC als Mandatar des Bundes in diesem Bereich, dem BDI und der Wirtschaft begegnet werden, in dem die Wirtschaft der Bundesregierung beratend zur Seite steht, frühzeitig ihre Bedürfnisse kommuniziert und so ein möglichst weitreichender Schutz für deutsche Investoren im Ausland beibehalten wird.

Ausgewählte Kommentare:

"Wir haben mit dem bestehenden System gute Erfahrungen gemacht."

"In einem EU System befürchten wir abschreckende Bürokratisierung und reduzierte Aufmerksamkeit für unsere Anliegen"

"Grundsätzlich sollte bei bereits bestehenden IFVs das Subsidiaritätsprinzip gelten, d.h. Zuständigkeit beim EU-Mitgliedsstaat (...)"

"Definition eines akzeptablen Mindeststandards"

"Klare Kommunikationskanäle"

"Chance für eine bessere Verhandlungsposition ggü. Partnerländern bei Vertretung durch EU"

"Sicherstellung, dass der deutsche Standard auf die EU übertragen wird ("Nivellierung to the TOP")"

"Keine Verwässerung bestehender Standards und keine zusätzlichen Prozesse (-> Bürokratieabbau)"

"Beibehaltung einer starken Stellung deutscher Investitionen im Ausland"

"Interessen der deutschen Wirtschaft vertreten"